

Ihre Gesprächspartner:innen

Andreas Stangl

Andrea Heimberger, MSc

Präsident der AK Oberösterreich

Direktorin der AK Oberösterreich

**Die AK Oberösterreich  
erkämpfte 2024 fast 132 Millionen Euro**

Pressekonferenz

Donnerstag, 16. Jänner 2025, 10 Uhr

Die wirtschaftlichen Turbulenzen der vergangenen Monate ließen in der AK Oberösterreich die Telefone und Datenleitungen heiß laufen. Die Zahl der Insolvenzen nahm stark zu. Bisheriger Höhepunkt der Pleitewelle ist die durch Managementversagen verursachte KTM-Insolvenz, von der rund 3.800 Beschäftigte betroffen sind. Viele AK-Mitglieder waren mit arbeitsrechtlichen Verstößen und vorenthaltenen Pensions- oder Pflegegeldansprüchen konfrontiert und kamen zur Beratung. Im Konsumentenschutz dominierten Anfragen zu Heizkostenabrechnungen, Internetbetrug und angeblichen Besitzstörungen. Insgesamt konnte die AK Oberösterreich für ihre Mitglieder fast 132 Millionen Euro erkämpfen.

Hauptaufgaben der AK Oberösterreich sind die Beratung und Vertretung ihrer Mitglieder im Arbeits- und Sozialrecht sowie in Angelegenheiten der Arbeitslosenversicherung, die Lohnsteuerberatung und der Insolvenzrechtsschutz, der Konsumentenschutz und die Bildungsberatung.

In Summe wandten sich im vergangenen Jahr 343.529 Menschen mit ihren Fragen, Anliegen und Problemen an ihre Arbeiterkammer. Nur im ersten Corona-Jahr 2020 waren es mehr gewesen. 70 Prozent der Beratungen erfolgten auf telephonischem Wege, deutlich weniger als in den vergangenen beiden Jahren. Das liegt daran, dass die Anteile der persönlichen und schriftlichen Beratung gestiegen sind.

### **343.529 Beratungen**

<b>Beratungen</b>	<b>343.529</b>
davon im Arbeits- und Sozialrecht (inkl. Insolvenz und Lohnsteuer)	230.078
davon im Konsumentenschutz	98.182
davon in der Bildungsberatung	15.269
davon telefonisch	240.855
davon persönlich	55.836
davon schriftlich und per Mail	46.838

In der Arbeits- und Sozialrechtsberatung dominierten Fragen zu ausstehenden Lohn- und Gehaltszahlungen sowie zu nicht bezahlten Überstunden, zu Pflegegeld, Pensionen und Altersteilzeit sowie zu Kündigungen und Entlassungen. Auch die Themen Arbeitslosengeld, Arbeitsvertrag und alles rund um Elternschaft und Beruf wurden stark nachgefragt. Alle Hände voll zu tun hatte das ganze Jahr über – und ganz besonders gegen Jahresende – der Insolvenz-Rechtsschutz.

### **Falsche Pflegegeld-Einstufungen**

Zu einem Beratungsschwerpunkt hat sich in den vergangenen Jahren das Thema Pflegegeld entwickelt. Es ist mittlerweile sehr auffällig, dass die Begutachtungen zur Einstufung der Pflegestufe ganz häufig einer Überprüfung nicht standhalten.

Die AK gewinnt nahezu jeden Tag Gerichtsverfahren, in denen eine höhere Einstufung festgestellt wird. Wir fordern eine lückenlose Aufklärung, wie solche Begutachtungen zustande kommen, die regelmäßig korrigiert werden müssen. Es kann nicht sein, dass laufend falsche Einstufungen erfolgen und die Gerichte angestrengt werden müssen, um angemessene Einstufungen zu erzielen. Auffällige Fehlbegutachtungen müssen auch Sanktionen zur Folge haben.

*In einem typischen Vertretungsfall wandte sich der Sohn eines alten, dementen Mannes an die AK. Sein Vater leidet an zahlreichen Erkrankungen: Er hat nur noch 20 Prozent Herzleistung, Diabetes mellitus, seine Milz wurde entfernt und er ist massiv schwerhörig. Durch die mangelnde Herzleistung leidet er unter Schwindel und aufgrund der Demenz kommt es zu erheblichen Problemen im Alltag, weil er orientierungslos ist und häufig die Wohnung verlassen will. Aufgrund der Schwerhörigkeit ist die Kommunikation mit dem Mann sehr schwierig. Betreut wird er von seiner Frau, die sich aufgrund ihres ebenfalls schon hohen Alters und des steigenden Pflegeaufwands dazu nicht mehr in der Lage fühlt.*

*Daher stellt die Familie bei der Pensionsversicherungsanstalt (PVA) einen Antrag auf Erhöhung der bisher gewährten Pflegestufe 2. Dieser wird von der PVA abgelehnt. Mit Hilfe der AK, die den Fall vor das Arbeits- und Sozialgericht brachte, sowie auf Basis eines neuen medizinischen Gutachtens wird dem Mann die Pflegestufe 4 zugesprochen.*

### **Heizkosten, Phishing und angebliche Besitzstörungen**

In der Konsumentenberatung haben die Anfragen zur Heizkostenabrechnung stark zugenommen. Viele Konsument:innen waren mit hohen Nachforderungen konfrontiert, die zwar korrekt errechnet, aber nicht nachvollziehbar waren. Ebenfalls stark gehäuft haben sich Schadensfälle durch immer raffiniertere Phishing-Methoden sowie Anfragen zu angeblichen Besitzstörungen.

Bildungsberatungen drehen sich häufig um Fragen der Aus- und Weiterbildung, um das Nachholen von Bildungsabschlüssen, berufliche Neuorientierung sowie die Finanzierung und Förderung von Bildungsvorhaben.

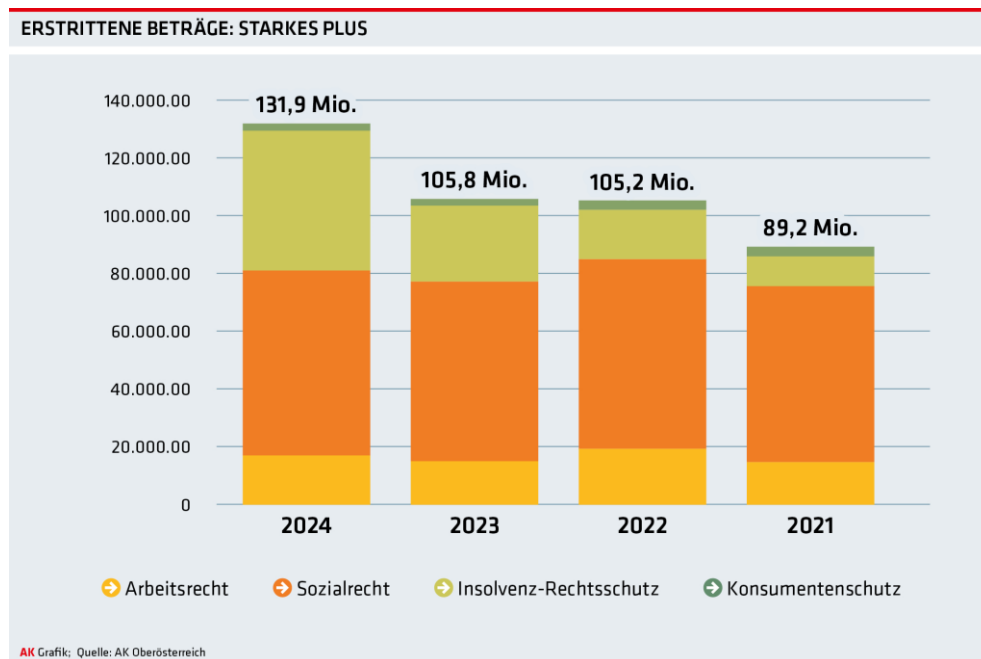
### **Rund 10.500 abgeschlossene Rechtsfälle**

Im vergangenen Jahr wurden von den Jurist:innen der AK Oberösterreich rund 20.900 Rechtsakte bearbeitet – um 42 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Mehr als 10.500 Rechtsfälle konnte die AK für ihre Mitglieder in arbeits- und sozialrechtlichen Angelegenheiten sowie in Insolvenzverfahren gerichtlich oder außergerichtlich abschließen. Die Erfolgsquote lag im Arbeitsrecht bei 76 Prozent. Die meisten Fälle betrafen in absoluten Zahlen Beschäftigte im Gastgewerbe, im Handel, in der Metallbranche und in der Arbeitskräfteüberlassung. Rund 82 Prozent von ihnen waren in Betrieben beschäftigt, in denen es keinen Betriebsrat gab.

In Relation zur Anzahl der Beschäftigten sticht das Gastgewerbe negativ hervor: Obwohl in dieser Branche nur rund vier Prozent der oberösterreichischen Beschäftigten arbeiten, betrafen 15 Prozent der Rechtsfälle Arbeitnehmer:innen aus Hotels oder Gasthäusern.

## Fast 132 Millionen Euro für die Mitglieder erkämpft

Insgesamt konnte die AK Oberösterreich 2024 für ihre Mitglieder 131,9 Millionen Euro erkämpfen. In sozialrechtlichen Fällen wurden 64 Millionen Euro erstritten, gefolgt von den Insolvenzangelegenheiten – noch ohne KTM! – mit mehr als 48 Millionen Euro und dem Arbeitsrecht mit knapp 15 Millionen Euro.



Im vergangenen Jahr wurden in Oberösterreich 366 Betriebe mit etwas mehr als 6.600 Beschäftigten insolvent. Damit stieg die Anzahl der Insolvenzen zwar „nur“ um 62, die Zahl der Betroffenen hingegen auf mehr als das Doppelte.

Die größten Pleiten – neben KTM – betrafen die KFMS GmbH in Linz mit 163 Beschäftigten, die Vöcklabrucker Metallgießerei GmbH (zu 100 Prozent der KTM zugehörig) mit 142 Beschäftigten und die „ALPHAGOLD“ Schmuck- und Uhrenvertriebsgesellschaft m.b.H. in Linz mit 104 Beschäftigten. Nach Branchen betrachtet gab es im Handel, im Gastgewerbe und in der Bauwirtschaft die meisten Insolvenzen. Die mit Abstand meisten betroffenen Beschäftigten gab es KTM-bedingt im Metallbereich.

## **Fälle aus der Praxis**

### Arbeitsrecht

Fast 400 Überstunden hatte ein Facharbeiter aus Linz nicht bezahlt bekommen. Dazu kamen auch noch Zuschläge für Sonn- und Feiertagsarbeit. Er hatte zwei Jahre in der Firma gearbeitet und hat im Frühjahr 2024 seinen Job gekündigt. Daraufhin wandte er sich wegen der unbezahlten Überstunden und Zuschläge an die AK Linz. Diese forderte die offenen Ansprüche beim Arbeitgeber ein und das mit Erfolg. Der Mann bekam mehr als 11.000 Euro nachbezahlt.

### Sozialrecht

Weil er unter Depressionen und dauernden Gelenkschmerzen am ganzen Körper litt, geschwollene Handgelenke hatte und seine Zehen kaum spürte, konnte ein Fleischer schon seit einigen Jahren seiner Arbeit nicht mehr nachgehen. Die Pensionsversicherungsanstalt (PVA) hatte ihn 2018 für vorübergehend invalid erklärt und ihm Rehabilitationsgeld zugesprochen. Schon 2020 wurde ihm nach einer neuerlichen Untersuchung die Zahlung gestrichen, weil sich sein Gesundheitszustand nach Ansicht der PVA angeblich gebessert hatte. Die AK hatte damals erfolgreich gegen den ablehnenden Bescheid geklagt. Im vergangenen Jahr wurde ihm das Reha-geld wieder entzogen. Wieder musste die AK vor das Arbeits- und Sozialgericht ziehen. Und wieder gelang es, auf Basis eines im Zuge des Gerichtsverfahrens eingeholten medizinischen Gutachtens nachzuweisen, dass der Arbeitnehmer zu der Zeit nicht arbeitsfähig war. Das Gericht schloss sich dem Gutachten an und sprach dem Mann das Reha-geld wieder zu.

### Konsumentenschutz

Eine Linzer Konsumentin hatte auf den Link in einer SMS-Nachricht geklickt und wurde auf eine vermeintliche Website der Post weitergeleitet, auf der sie ihre Hausnummer ergänzte. Bankdaten wurden dort nicht abgefragt. Kurz darauf öffnete sich ihre eBanking-App auf ihrem Smartphone. Eine Transaktionsaufforderung erschien dabei nicht. Einige Zeit später erhielt sie eine SMS ihrer Bank mit der Mitteilung, dass ein Betrag von rund 2.250 Euro von ihrer Kreditkarte abgebucht wurde. Die Konsumentin wandte sich umgehend an ihre Bank, erhielt jedoch die Rückmeldung, dass die Zahlung autorisiert sei und der Schaden daher nicht ersetzt werde. Die AK bewertete den Vorfall als unautorisierte Transaktion ohne grobe Fahrlässigkeit der Linzerin. Sie forderte die Bank auf, den Betrag zu

erstatten. Nachdem die Bank diese Aufforderung ablehnte, kündigte die AK an, die Rückzahlung gerichtlich einzuklagen. Erst dann lenkte die Bank ein und erstattete der Linzerin den Schaden.

### **Vertretungserfolg**

<b>erstrittene Beträge</b>	<b>131.930.673</b>
davon im Arbeitsrecht (inklusive Lohnsteuer)	17.061.097
davon im Sozialrecht	64.009.611
davon in Insolvenzrechtssachen	48.407.953
davon im Konsumentenschutz	2.452.012

### **AK-Direktleistungen an die Mitglieder**

Die AK Oberösterreich hat auch im vergangenen Jahr ihre Mitglieder direkt und unkompliziert finanziell unterstützt:

- Neu eingeführt wurde im Herbst 2024 der AK-Klassenfahrtsbonus. Damit entlastet die AK Oberösterreich ihre Mitglieder bei den Beiträgen für kostenpflichtige Wandertage, Kennenlertage, Skikurse oder Sprachwochen. Es gibt 75 Euro für eintägige oder 150 Euro für mehrtägige Klassenfahrten, einmalig pro Kind für das laufende Schuljahr. Bis dato wurde der Klassenfahrtsbonus 5.953 Mal gewährt. Die Fördersumme beträgt 880.275 Euro. Anträge können noch bis 6. Juli 2025 gestellt werden.
- Die „Vorgängerin“ des Klassenfahrtsbonus war der Betreuungsbonus in Höhe von einmalig 150 Euro für Eltern, die auf kostenpflichtige Kinderbildung und Kinderbetreuung angewiesen sind. Dieser wurde 13.819 Mal ausbezahlt. Die gesamte Unterstützung der Eltern betrug mehr als 2 Millionen Euro.
- Lehrlingen gewährt die AK den Mobilitätsbonus in Höhe von einmalig 100 Euro. Um diesen Bonus zu bekommen, müssen die Lehrlinge entweder ein Jugendticket Netz des OÖ Verkehrsverbundes oder ein Klimaticket haben. Mit dem Bonus, der bisher 7.122 Mal gewährt wurde, sollen die jungen Menschen zur häufigeren Öffi-Nutzung motiviert werden. In Summe wurden dafür bisher 712.200 Euro ausgeschüttet.

- Der AK-Bildungsbonus in Höhe von 150 Euro, mit dem die AK die Aus- und Weiterbildung ihrer Mitglieder fördert, wurde im vergangenen Jahr 4.604 Personen gewährt. Die gesamte Fördersumme betrug 490.733 Euro. Zusätzlich erhalten AK-Mitglieder mit ihrer Leistungskarte 10 Prozent Ermäßigung bei allen Kursen im BFI OÖ, in der VHS Linz, in der VHS OÖ und im FAB Organos.
- Den Zuschuss zum Fahrsicherheitstraining für Mitglieder unter 26 Jahren in Höhe von 100 Euro hat die AK Oberösterreich im vergangenen Jahr 2.964 Mal ausbezahlt. Mit ihm soll die Mobilität junger Menschen gefördert werden.
- Die Arbeiterkammer Oberösterreich unterstützt auch die Arbeits- und Ausbildungschancen beeinträchtigter Personen mit einer Mobilitätshilfe in Höhe von 500 Euro. Diese wurde 59 Mal gewährt.

### **Gesundheitsberuferegister**

Die AK Oberösterreich ist seit 1. Juli 2018 für die Erfassung unselbständiger Beschäftigter in den Gesundheits- und Krankenpflegeberufen sowie in den gehobenen medizinisch-technischen Diensten verantwortlich.

Als Behörde im Gesundheitsberuferegister wurden in Oberösterreich seither insgesamt 38.770 Berufsangehörige registriert, darunter 1.290 neue Eintragungen im Jahr 2024. 93 Prozent der Neuregistrierungen wurden persönlich in einer AK-Bezirksstelle oder direkt in der Ausbildungseinrichtung durchgeführt. Da die Berufsberechtigung für die Berufsangehörigen erst mit der Eintragung im Register entsteht, werden die meisten Registrierungen innerhalb von 24 Stunden nach dem Termin abgeschlossen.

Um die Aktualität des Registers zu gewährleisten, wurden im vergangenen Jahr 10.750 Änderungsmeldungen bearbeitet. Dazu ist auch eine Verlängerung nach fünf Jahren der Eintragung notwendig. Seit 2023 wurden in Oberösterreich 29.500 Verlängerungen durchgeführt, 2024 waren es 9.450.



## **AK Oberösterreich**

Volksgartenstraße 40, 4020 Linz

Tel. +43 (0)50 6906-0

Homepage: [ooe.arbeiterkammer.at](http://ooe.arbeiterkammer.at)

Beratungszeiten: Mo bis Do 7:30 bis 16 Uhr, Fr 7:30 bis 13:30 Uhr,

## **Arbeits- und Sozialrechtsberatung**

Telefonisch: +43 (0)50 6906-1

E-Mail: [rechtsschutz@akooe.at](mailto:rechtsschutz@akooe.at)

Lohnsteuerberatung: +43 (0)50 6906-1603 oder [lohnsteuer@akooe.at](mailto:lohnsteuer@akooe.at)

Insolvenzrechtsschutz: +43 (0)50 6906-2364 oder [insolvenzrecht@akooe.at](mailto:insolvenzrecht@akooe.at)

## **Konsumentenschutz**

Telefonisch: +43 (0)50 6906-2

E-Mail: [konsumentenschutz@akooe.at](mailto:konsumentenschutz@akooe.at)

Mietrecht: +43 (0)50 6906-1602 oder [mietrecht@akooe.at](mailto:mietrecht@akooe.at)

## **Bildungsberatung**

AK-Bildungstelefon: +43 (0)50 6906-1601

E-Mail: [bildungsinfo@akooe.at](mailto:bildungsinfo@akooe.at)

Alle Infos: [ooe.arbeiterkammer.at/bildungsberatung](http://ooe.arbeiterkammer.at/bildungsberatung)

## **Betriebsräteberatung**

Telefonisch: +43 (0)50 6906-2323

E-Mail: [kbi@akooe.at](mailto:kbi@akooe.at)

## **Arbeitnehmerschutz**

Telefonisch: +43 (0)50 6906-2317

E-Mail: [arbeitnehmerschutz@akooe.at](mailto:arbeitnehmerschutz@akooe.at)

## **Gleichbehandlungsberatung**

Telefonisch: +43 (0)50 6906-1910

E-Mail: [gleichbehandlung@akooe.at](mailto:gleichbehandlung@akooe.at)

Frauen- und Gleichstellungspolitik: +43 (0)50 6906-2142 oder [frauen@akooe.at](mailto:frauen@akooe.at)